

Unternehmenssteuern | 16.05.2013 | Lesezeit 2 Min.

## Hände weg vom Steuer-Rad

*Deutschland zählt in puncto Besteuerung der Unternehmen schon heute zu den weltweit teuersten Standorten. Politiker, die mit Steuererhöhungsplänen um Wählerstimmen werben, sollten sich die Sache daher lieber noch mal überlegen. Denn wenn den Firmen am Ende das Geld für Investitionen fehlt, bleiben auch Arbeitsplätze auf der Strecke.*

---

Der Bundestagswahlkampf ist längst im vollen Gange – und ein zentrales Thema ist die Steuerpolitik. Sozialdemokraten und Grüne wollen die Bürger nicht zuletzt mit ihren Plänen für höhere Unternehmenssteuern ködern. Beide Parteien planen, den Spitzensatz der Einkommenssteuer anzuheben; damit würden auch viele als Personenunternehmen geführte mittelständische Firmen stärker zur Kasse gebeten. Hinzu käme die von den potenziellen rot-grünen Koalitionspartnern geforderte 1-prozentige Vermögenssteuer (vgl. [iwd 8/2013](#)). Sie würde auch die Anteilseigner von Kapitalgesellschaften – also zum Beispiel AGs – treffen.

Doch auch die steuerliche Belastung dieser Unternehmen selbst ist schon heute im internationalen Vergleich ziemlich hoch (Grafik):

---

Im Jahr 2012 mussten Kapitalgesellschaften in Deutschland laut Steuertarif im Schnitt fast 30 Prozent ihrer Gewinne an den Fiskus abführen – in vielen anderen Industrieländern kamen die Firmen hingegen deutlich günstiger weg.

---



Zwar beträgt der deutsche Körperschaftssteuersatz seit der Unternehmenssteuerreform im Jahr 2008 nur noch 15 Prozent – zuvor waren es 25 Prozent. Allerdings wurden mit der Reform viele Ausnahmen gestrichen und so die Bemessungsgrundlage erweitert. Außerdem kommt zur Körperschaftsteuer noch die Gewerbesteuer hinzu. Die entsprechenden Hebesätze sind von Kommune zu Kommune unterschiedlich, sodass die gesamte tarifliche Belastung der Unternehmen zum Teil sogar deutlich über der 30-Prozent-Marke liegt.

---

In Oberhausen, das mit 520 Prozent den bundesweit höchsten Hebesatz festgelegt hat, müssen Kapitalgesellschaften insgesamt mehr als 33 Prozent Steuern zahlen.

---

Die Steuerbelastung ist ein wichtiger Faktor für die Frage, ob ein Unternehmen in Deutschland oder doch lieber an einem ausländischen Standort investieren soll. Zweifellos spielen auch noch andere Kriterien eine Rolle – etwa die rechtlichen Rahmenbedingungen oder die Qualität der Infrastruktur (vgl. [iwd 19/2013](#)). Klar ist aber: Je mehr Steuern Unternehmen an den Staat abführen müssen, desto weniger Geld bleibt ihnen, um in neue Produktionsanlagen und damit auch in neue Arbeitsplätze investieren zu können. Eine Erhöhung der Unternehmenssteuern kann daher am Ende auch die Arbeitnehmer treffen.

Zudem steht ein Staat, der von seinen Unternehmen hohe Steuern verlangt, wirtschaftlich nicht unbedingt besser da. Dies zeigt etwa das Beispiel Frankreich, das zuletzt die dritthöchsten Unternehmenssteuersätze aller Industriestaaten hatte. Im westlichen Nachbarland ist die Wirtschaft in den vergangenen Jahren kaum gewachsen; zugleich hat das Land mit steigenden Arbeitslosenzahlen zu kämpfen.

### **Kernaussagen in Kürze:**

- Deutschland zählt in puncto Besteuerung der Unternehmen schon heute zu den weltweit teuersten Standorten.
- Wenn Politiker die Unternehmenssteuer erhöhen, fehlt den Firmen am Ende das Geld für Investitionen und Arbeitsplätze bleiben auf der Strecke.
- In Oberhausen, das mit 520 Prozent den bundesweit höchsten Hebesatz festgelegt hat, müssen Kapitalgesellschaften insgesamt mehr als 33 Prozent Steuern zahlen.